

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Gerd Mannes

Abg. Martin Mittag

Abg. Barbara Fuchs

Abg. Manfred Eibl

Abg. Michael Busch

Abg. Albert Duin

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)

Bayerische Wirtschaft vor grüner Inflation und Dirigismus schützen III: Keine Ökotoken! (Drs. 18/22207)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erster Redner ist der Abgeordnete Gerd Mannes für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die Staatsregierung könnte das Potenzial der Digitalisierung sinnvoll für die Zukunft unserer Heimat nutzen. Jetzt missbraucht sie es für eine freiheitsfeindliche Bevormundung unserer Gesellschaft.

Mit dem sogenannten Ökotoken will die CSU das Verhalten der Bürger digital erfassen und regierungskonforme Handlungen belohnen. Die Staatsregierung will über eine neue digitale Infrastruktur Einkäufe, Freizeitaktivitäten oder die Nutzung des ÖPNV registrieren und abspeichern. Politisch erwünschtes Verhalten soll dann aufgrund der gespeicherten Daten belohnt werden.

Diese Form der staatlichen Einmischung in das Privatleben ist durch und durch totalitär. Ich muss das an dieser Stelle mal deutlich sagen. Wir als AfD lehnen diesen freiheitsfeindlichen Irrsinn entschieden ab.

Die chinesische Diktatur war weltweit der erste Staat, der ein sogenanntes digitales Scoring-System eingeführt hat. Damals berichtete unsere Presse empört über das

menschenfeindliche Sozialkreditsystem, mit dem die Gesellschaft bis in den letzten Winkel überwacht wird.

Jetzt sind auch in Europa beschämenderweise erste Vorstöße in diese Richtung feststellbar. Sie alle haben eines gemeinsam: Angeblich wollen die Regierungen den Bürgern das Leben leichter machen und mit dem System belohnen, aber keine Sanktionen erteilen.

Wer sich auf diese Lügen und Täuschungen verlässt, dem muss man eine gefährliche Naivität attestieren. Es ist schockierend, dass jetzt ausgerechnet im Freistaat ein solches Pilotprojekt zur staatlich-digitalen Verhaltenslenkung eingeführt werden soll. Es gibt kein einziges demokratisches Argument für die Erfassung des Bürgerverhaltens, aber es gibt sehr viele Argumente, die dagegensprechen.

Es geht die Regierung überhaupt nichts an, was die Bürger kaufen oder in ihrer Freizeit unternehmen. In einer Demokratie hat sich der Staat nicht in das Privatleben einzumischen. Punkt!

Der Ökotoken hat auch einen erheblichen Konstruktionsfehler, weil er nur messbares Konsumverhalten, nicht aber den Verzicht auf Konsum belohnt. Als Beispiel: Fährt jemand mit dem Bus, wird er mit dem Ökotoken belohnt. Läuft er die gleiche Strecke zu Fuß, wird sein Verhalten gar nicht erfasst.

Denkt man an diesen Konstruktionsfehler des Ökotokens, dann müsste man das Verhalten der Bürger in allen Bereichen absolut überwachen, um am Ende keine falschen Anreize zu setzen. Hier zeigt sich, wie schwachsinnig ein staatliches Social-Scoring-System ist. Derartige Bestrebungen führen zwangsläufig in immer weitere Überwachungen und sind daher grundsätzlich abzulehnen.

Mit unserem Antrag fordern wir also die ersatzlose Streichung des Ökotoken-Projekts. Wer verhindern will, dass wir in einen digitalen Kontrollstaat abgleiten, der muss unserem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Nächster Redner ist der Kollege Martin Mittag für die CSU-Fraktion. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Martin Mittag (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Hohes Haus! Ich frage mich bei AfD-Anträgen doch regelmäßig, ob Sie es nicht verstehen wollen oder ob Sie es nicht verstehen können.

(Alexander König (CSU): Lass dir Zeit! Du hast neun Minuten!)

– Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich werde die neun Minuten nicht brauchen. Das kann ich auch sagen. Dafür ist die Zeit zu schade.

Auch diesen Antrag haben wir im Wirtschaftsausschuss diskutiert, haben auch versucht, das, was in dem Antrag Falsches drinsteht, klar- und richtigzustellen und auch dem Kollegen der AfD die Chance zu geben, wirklich richtig zu verstehen, um was es beim Ökotoken geht. Jetzt ist der Antrag hochgezogen worden. Sie haben nichts dazugelernt. Sie haben von der ganzen Geschichte nichts verstanden.

Ich werde es von daher recht kurz machen: Es ist definitiv alles andere als gegeben, einen Vergleich zu China zu ziehen, wie da gearbeitet wird. Das Ökotoken ist – was man sieht, wenn man sich mit ihm auseinandersetzt – genau das Gegenteil. Es geht weder um Bevormundung noch um Sanktionen. Es geht auch darum, dass es anonym und nicht personenbezogen ist.

Die AfD will das aber nicht hören. Die AfD will auch hier weiterhin Angst schüren. Das versucht sie. Wir werden bei dem ganzen Thema einfach nicht mitgehen.

Ich bitte Sie deswegen, den Antrag – wie auch im Ausschuss – abzulehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Barbara Fuchs für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie haben das Wort.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Die AfD hat es nicht verstehen können oder nicht verstehen wollen. Die Idee dieses Öko-tokens ist, Menschen für umweltfreundliches Verhalten zu belohnen: mit einem Theaterbesuch oder mit einer Eintrittskarte für ein Schwimmbad. Es ist aber komplett freiwillig. Wer jeden Tag zehnmal mit der Bahn fährt, muss sich nicht melden. Wer zu Fuß läuft, muss sich auch nicht melden. Alles ist freiwillig, und Überwachung in einem umfassenderen Ausmaß ist ja überhaupt nicht erlaubt. Die Angelegenheit ist also komplett freiwillig. Es soll die Leute mit einem schönen Bonus einfach motivieren, sich umweltfreundlich zu verhalten, und es ist komplett freiwillig. Das ist natürlich ein Begriff, den die AfD nicht versteht.

(Zurufe von der AfD: Oje!)

Das kann ich mir gut vorstellen: freiwillig.

(Andreas Winhart (AfD): Wir kennen die Freiwilligkeit vom Maskentragen!)

In dem Antrag steht "potenzielle freiheitsfeindliche Entwicklung". Ich würde eher sagen, das, was die AfD abgeliefert, ist freiheitsfeindlich. Wir können es Ihnen nicht recht machen. Das sehe ich. Aber die gute Nachricht ist: Wir wollen es der AfD nicht recht machen. Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN – Andreas Winhart (AfD): Zur Sache sprechen!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Ich erteile dem Abgeordneten Gerd Mannes für die AfD-Fraktion das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Frau Fuchs, Sie haben es gerade eingeräumt: Es geht um staatliche Verhaltenslenkung, damit sich die Leute regierungskonform verhalten. Darum geht es Ihnen.

(Widerspruch)

– Natürlich!

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Was macht eine Ampel? – Auch Verhalten regeln!)

Zur Freiwilligkeit: Erst mal ist das System geschaffen. Wir haben es schon oft erlebt, dass Sie darüber gesprochen haben, dass etwas freiwillig ist. Wir haben gesagt: Wenn es freiwillig ist, dann könnte das morgen zur Pflicht werden. Diese Gefahr besteht. Darauf bestehen wir.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Die viel größere Gefahr kommt von rechts.

(Zurufe von der AfD: Oh!)

Alles andere macht mir keine Angst, weil wir Demokratinnen und Demokraten genug sind, um dem standzuhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Manfred Eibl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die AfD-Fraktion unterstellt der Staatsregierung mit dem Projekt "Ökoto-ken" eine freiheitsfeindliche Entwicklung.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Richtig!)

Die Staatsregierung will aber Anreizsysteme schaffen, um den Klimaschutz, der in unser aller Interesse liegt, voranzubringen.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Alleine die AfD in Bayern fühlt sich an das chinesische Sozialkreditsystem erinnert. Sie sieht ein staatliches System zur Verhaltenskontrolle. Doch dieser Vergleich, meine Damen und Herren, hinkt gewaltig. Während in China Daten aus verschiedenen Quellen wie Chatverläufen, GPS-Daten, Sprachaufnahmen, Videoüberwachung oder amtlichen Daten an zentralen Speicherstellen gespeichert werden, trifft dies bei dem geplanten System in keiner Weise zu. Die Teilnahme ist freiwillig, wie bereits ausgeführt wurde. Es geht nur um eine Belohnung für klimafreundliches Verhalten. Es werden keinerlei Daten zentral gespeichert. Die Umsetzung erfolgt auf der Basis der Blockchain-Technologie. Speziell diese Technologie beruht darauf, Daten nicht zentral, sondern dezentral zu speichern. Ähnliche Projekte befinden sich aktuell in den Städten Bologna und Rom in Umsetzung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir FREIEN WÄHLER werden uns dem im Wirtschaftsausschuss getroffenen Votum anschließen und diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Kollege Michael Busch für die SPD-Fraktion. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Michael Busch (SPD): Verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mitglieder der AfD-Fraktion, es ist von allen Vorrednern genau das gesagt worden, was wir im Wirtschaftsausschuss bereits sehr intensiv besprochen haben. Lieber Kollege Mannes, daraus eine Überwachungstheorie zu konstruieren, verlangt unheimlich viel boshafte Vorstellungskraft. Das muss ich zurückgeben.

Ansonsten gilt: Immer wieder diese Anträge hochzuziehen, um uns noch mal damit zu befassen, ist eine Möglichkeit für Sie, Ihre boshaften Argumente noch mal darzustellen. Das dient aber nicht der Sachlichkeit. Das regt mich langsam wirklich auf – wir haben dann noch mal einen Punkt –, weil wir das im Wirtschaftsausschuss ganz intensiv diskutiert haben.

Ich will einen Punkt wiederholen: Die Teilnahme daran ist freiwillig. Was an dieser Freiwilligkeit nicht zu verstehen ist, entzieht sich mir vollends. Deswegen und auch weil wir als SPD-Fraktion diesen Token gefordert haben, lehnen wir Ihren Antrag ab, wie wir es auch im Wirtschaftsausschuss getan haben.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Kollege Albert Duin für die FDP-Fraktion. Sie haben das Wort.

Albert Duin (FDP): Herr Präsident! Ich mache es auch ganz kurz. Die grundsätzliche Kritik am Ökotoke n teilen wir ja alle.

(Widerspruch des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Wir sind alle ein bisschen vorsichtig. Aber wir kennen doch überall ein Belohnungssystem, zum Beispiel die Belohnung, wenn man die Krankenkasse nicht nutzt. Das gibt es schon immer. Warum nicht so was machen? – Ich sehe im Gegensatz zur AfD-Fraktion überhaupt keine freiheitsfeindliche Entwicklung. Der Vergleich mit dem chinesischen System ist ja wohl lächerlich. Da wird auch nichts gespeichert. Die Teilnahme ist freiwillig. Außerdem muss man heute bei den Klimavorhaben der Staatsregierung sowieso vorsichtig sein, ob die überhaupt umgesetzt werden können. – Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Duin, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor.

(Albert Duin (FDP): Das habe ich mir gedacht!)

Dazu erteile ich dem Abgeordneten Gerd Mannes für die AfD-Fraktion das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Jetzt muss ich schon fragen: Ist es die Meinung der FDP, dass es die Aufgabe des Staates ist, regierungskonformes Handeln von Menschen mit irgendwelchen Token zu belohnen und dafür Systeme zu schaffen? Das ist der Einstieg in einen Überwachungsstaat.

(Thomas Huber (CSU): Nicht verstanden!)

Wir haben nicht gesagt, dass es ein Überwachungsstaat ist. Aber es ist ein Einstieg dorthin. Das ist unnötig. Noch mal: Der Staat sollte sich nicht in das Privatleben der Bürger einmischen. Wozu denn?

Albert Duin (FDP): Aber das tut er doch sowieso immer, zum Beispiel bei der Geschwindigkeitsbegrenzung in Wohngebieten. Egal, wo du hinkommst: Es gibt gewisse Regeln. Die sollten eingehalten werden. Danach richtet sich ein Bonussystem. Das ist nun mal immer so.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich nun um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die übrigen Fraktionen. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung des Abgeordneten Plenk (fraktionslos). Dann ist der Antrag hiermit abgelehnt.